

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21  
"Tagblatthaus".

Salz- und Kaffee-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

"Tagblatthaus" Nr. 650-58.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.20 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Zeitungslohn. M. 2.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus- schließlich Schriftlohn. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Anstalt für Druck- und Verlagswesen in allen Teilen der Stadt, in Wiesbaden die dortigen Anstalten und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für deutsche Anzeigen; 35 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.25 M. für archaische Anzeigen; 1.50 M. für auswärtige Anzeigen. 20% Zuerstungs-Zuschlag. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entfallender Nachsch. — Anzeigen-Aufnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Kropfsteilstraße 7, 1. Fernsprecher: Amt Lützow 6202 und 6203.

Samstag, 15. März 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 118. • 67. Jahrgang.

## Die Ablehnung der rheinischen Sonderbestrebungen.

### Die Erklärung der Reichsregierung.

Weimar, 14. März. Außerhalb der Tagesordnung erhielt gestern in der Nationalversammlung Ministerpräsident Scheidemann das Wort zu einer Erklärung, in der er gegen alle Bestrebungen, die auf Lösung von Teilen des Reiches hinzielen, Stellung nimmt:

„Alle Versuche würden an der Treue der Bevölkerung zum Reiche scheitern. Nach dem heutigen Stande der Dinge sind wir der Ansicht, dass jede absichtliche Umgestaltung vor Friedensschluss unannehmbar ist, die nationale Einheit unseres Vaterlandes zu bedrohen. (Alleseitige Zustimmung.) Inwieweit der gesamten Sachlage habe ich im Namen der Reichsregierung zu erklären: Die Reichsregierung sieht in jedem Versuch der Loslösung links- und rechtsrheinischer Länder einen durch keinen Vorwand zu rechtfertigenden Vorstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung weiß sich darin völlig einig mit der heiligen Absicht der gesamten links- und rechtsrheinischen Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit den eigennützigen Bestrebungen einzelner Personen. (Alleseitige Zustimmung.) Die rheinische Bevölkerung ist deutsch und will deutsch bleiben. (Stürmischer Beifall.) Die Regelung des Verhältnisses der Rheinischen Länder zum Reiche ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. (Sehr richtig!) Diese Frage kann nur im Rahmen der Reichseinheit gelöst werden. Die Reichsregierung und die Nationalversammlung widmen ihr die ernsteste Beachtung. Eine unzulässige Lösung kann erst nach Friedensschluss und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen.“ (Lebhafter alleseitiger Beifall.)

Die Nationalversammlung stimmte dieser Erklärung zu und ersuchte die Reichsregierung, sie allgemein bekannt zu machen.

### Die Stellungnahme der rheinischen Abgeordneten.

Köln, 14. März. Der „Rheinischen Zeitung“ wird aus Weimar gemeldet: Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Scheidemann fand in Weimar eine Besprechung zwischen der Regierung und den rheinischen Abgeordneten über die Zukunft der Rheinlande und der Pfalz statt. Die Abgeordneten Meersfeld, Kall, Tollmann und andere leiteten ihren bekannten Standpunkt gegen die Loslösungsbestrebungen von Preußen und gegen überleitende Aktionen vor. Sie verurteilten scharf die jüngsten Vorkänge auf diesem Gebiet in Köln. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, die rheinischen Abgeordneten veräüßerten ihre Pflicht. Sie seien ständig auf diesem Gebiete tätig. Die Reichsregierung, insbesondere Erbertaer, erklärte, daß die Propaganda im Westen für die rheinische Republik das Hauptziel der beabsichtigten Arbeit erreichen werde.

## Der Spartakusstreik.

### Die Säuberung Großberlins.

Mehr als 200 Millionen Mark neuer Vermögensschaden. Berlin, 14. März. Die Durchführung der Säuberung der besetzten Stadtteile durch die Regierung wurde gestern planmäßig vorangetrieben. In vielen Stellen wurden bewaffnete Spartakisten festgenommen und in Kellern untergebracht. In Lichtenberg wurde der Hauptredakteur der kommunistischen „Vorkämpfer“, Julius Derschmidt, festgenommen. Bei der Festnahme im Osten fand man gestern bei einem Spartakisten versteckt 300 M. Papiergeld, einen Koffer mit Geldergeld sowie die Papiere von verschiedenen Verurteilten. Der Führer wurde handrechtlich erschossen. Bei der Festnahme von Lichtenberg hat auch ein Kampf um die Linie Marzialschke stattgefunden. Die Spartakisten hatten im Turm der Riecke Maschinengewehre aufgestellt und von dort aus im Laufe der Nacht die ganze Umgebung unter Feuer genommen. Das Nest wurde von Leuten des Freikorps besetzt. Bei den im Anschluss daran sich abspielenden Kämpfen zwischen den Gründern des Freikorps konnten mehrere Spartakisten durch Gewehr getötet werden. Der gestern in Neu-Kölln verhängte verhängte Belagerungszustand ist heute wieder aufgehoben worden. Die Zahl der bei den Unruhen getöteten Wunden verletzten Zivilpersonen wird auf nahezu 1000 geschätzt. Dabei sind die in Kämpfe gefallenen oder verwundeten Soldaten nicht mitgerechnet.

Die Kämpfe sind noch nicht vorbei, da tauchen auch schon wieder an allen Straßen die politischen Straßenredner auf, die an manchen Stellen zu Pogromen großen Stils aufstacheln. Die Eisenbahnverwaltung hat heute ihren Betrieb, auch der Stadtbahn, zum größten Teil wieder aufgenommen. Die Lage der Straßen läßt sich noch nicht übersehen. Es laufen beim Tagblatt und bei anderen Kommunalbehörden täglich neue Anmeldungen von Schänden aus den Tumulten und Kämpfen in Groß-Berlin ein. Man rechnet aber schon damit, daß die Gesamt-Schäden in Groß-Berlin 200 Mill. M. bei weitem übersteigen dürften.

### Die Opfer der Berliner Kämpfe.

Berlin, 13. März. Die am Sonntag durch das Kommando der Schutzmannschaft und die Garde-Kavallerie-Schützendivision auf Grund eidlicher Remonstrationen amtlich gemeldete Erziehung aller Beamten des Reichsbetreibers

tenbetrauer Polizeipräsidenten stellt sich jetzt nach der Befreiung Lichtenbergs erfreulicherweise als weit übertrieben heraus. Eine große Anzahl der totalgläubigen Beamten ist heute nach der „V. R. am Mittag“ wieder auf dem Polizeipräsidenten erschienen. Feststeht ist bisher, daß bei den Unruhen fünf oder sechs Polizeibeamte den Tod gefunden haben, ferner ist festgestellt, daß von der Besetzung der Lichtenbergaer Post sechs bis sieben Soldaten erschossen worden sind, und zwar nicht im Kampfe. Über das Schicksal der noch vermißten Soldaten von der Postbesatzung muß das Ergebnis der noch laufenden Untersuchung abgewartet werden. Heute vormittags beschränkt sich die Tätigkeit der Reitertruppen in Lichtenberg darauf, die Straßen und Häuser nach Waffen zu durchsuchen. Die Zahl der gefundenen Waffen ist außerordentlich hoch, auch soweit Maschinengewehre und Minenwerfer in Frage kommen. Der Belagerungszustand in Berlin wird zunächst noch aufrechterhalten. Bezüglich des Fernsprechtsverkehrs wird vermutlich eine Aufhebung der Sperre sehr bald erfolgen. Die Sperre bei einzelnen Ämtern ist von verschiedenen militärischen Dienststellen angeordnet worden, um die Verbindung der Spartakisten untereinander zu verhindern. In der vergangenen Nacht herrschte verhältnismäßige Ruhe. An verschiedenen Punkten der Stadt kam es zu kleinen Schieberereien. Die Zahl der Todesopfer der Spartakistischen Unruhen ist jetzt so groß, daß die Unterbringung der Leichen auf Schwierigkeiten stößt. Am Leichenhaus und 196 Leichen untergebracht, wovon 42 unbekannt sind. Die Aufnahmefähigkeit des Leichenhauses ist damit erschöpft. Fast ebensoviel Leiche liegen in den beiden Garnison-Lozaretten. Auch die Kronenkauser sind sehr stark mit Toten besetzt. So befinden sich im Krankenhaus am Friedrichshain 115 Leichen, im Urban-Krankenhaus 30.

### Keine Amnestie für die Schuldigen.

Dz. Weimar, 14. März. An der Presse ist berichtet worden, Reichsminister Noske habe erklärt, die Reichsregierung bereite eine Amnestie aus Anlaß der letzten Ausstände vor. Eine solche Amnestie ist nicht gut worden und es besteht auch die Absicht nicht. Die Schuldigen solle diesmal die volle Strenge des Gesetzes treffen.

### Die Streiklage im Industriegebiet.

Osnabrück, 14. März. Die Streikbewegung im Ruhrgebiet nimmt kein Ende. Nachdem vorerster zum erstenmal seit langer Zeit auf allen Zechen des Bezirks gearbeitet wurde, ist gestern schon wieder die Besetzung der Zechen Gotteskogen in Rüttinghausen wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Oberhausen, 14. März. Im Sterkrader Bezirk verhängen die Besatzung unter Androhung des Streiks die Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt. Vor kurzem hoben die dortigen Zechen den Arbeitern erst die 7 1/2 stündige Schicht und dann den Siebenstundentag bewilligt, um die Kohlenförderung aufrechterhalten zu können.

### Die Gewalttaten in Stettin.

Stettin, 13. März. Bei einem Anmarsch des Mobs auf den Kreuzer „Straßburg“, der am Volkswerkzeug erbeuteten die Demonstranten 100 Gewehre, vier schwere und drei leichte Maschinengewehre sowie andere Waffen und Munition, darunter eine Kiste Sandaratanen. Die Beute wurde dem M. S. R. ausgeliefert. Drei weitere Kisten mit Sandaratanen wurden in die Ober anverloren. Auf dem Kreuzer wurde die rote Fahne gehißt. Die Abfahrt der Renne, auch nach der Kaiserin zu stehen, um die Brücke dort ebenfalls zu entwirren, blieb mangelfähig. In die Wohnung eines hiesigen Geschäftsmannes drangen maskierte Männer ein und veranlaßten mit vornehmlichen Revolvern von dem Überfallenen 100 000 M. in bar. Der Verbrecher gab ihnen 500 M., worauf die Räuber sich entfernten.

### Der Belagerungszustand in Ostpreußen.

Königsberg, 14. März. Über Pillau ist gestern der Belagerungszustand verhängt worden. Eine Abteilung Reitertruppen mit Artillerie besetzt sich von Königsberg dorthin. Es wurde verfügt, innerhalb 48 Stunden sämtliche Waffen abzuliefern, widrigenfalls die Durchsuchung der Häuser erfolgt. Der alte Soldatenrat, der wiederholt Einträge in die Pressefreiheit vornahm, wurde verhaftet. Ein Mitglied entzog sich der Verhaftung. Seit dem Ausbruch der Berliner Unruhen sind in Königsberg weder Rüge aus Berlin einetroffen, noch nach Berlin abgelassen worden. Königsberg ist gänzlich ohne Berliner Post.

### Die politische Lage in Bayern.

München, 14. März. Der bayerische Landtag ist nunmehr auf Montag, den 17. März, einberufen. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe von Gegenständen, u. a. die Wahl des Vorsitzenden des gesamten Staatsministeriums. — Der Belagerungszustand ist heute wieder aufgehoben worden. — Die Generalversammlung der Münchener

Unabhängigen nahm eine Entschließung an, die grundsätzlich die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus bewirkt, die Diktatur des gesamten Proletariats, die Eroberung der politischen Macht durch die Räte fordert und sich gegen die „Kompromisspolitik“ der mehrheitlich sozialistischen Führer wendet. Die kommunistische Partei wird darin als Bruderorganisation bezeichnet und das Verhalten der unabhängigen Fraktion des Reichstages, die teilweise dem Kompromiß zustimmt, ausdrücklich mißbilligt.

### Wann ist Friede?

Amsterdam, 14. März. Das niederländische Pressebureau Radio meldet: „New York World“ schreibt, daß Wilson und die Wortführer der Alliierten in Paris erklären werden, daß der Friede als Zustand gekommen betrachtet werden soll, sobald die Deutschen den Friedensvertrag unterzeichnet haben werden. Es soll nicht erst die Bestätigung durch den Senat oder durch die ratifizierenden Körperschaften der Alliierten abgewartet werden. Wie „New York World“ meldet, wird der Friedensvertrag keine Bestimmung über den Völkerverbund enthalten.

### Die Schleifung der deutschen Grenzbefestigungen.

London, 14. März. Reuters Sonderkorrespondent meldet aus Paris zur Frage der Sicherung der deutschen Grenzbefestigungen, daß die diesbezüglichen militärischen Klauseln im Friedensvertrag nur auf die Festungen an der Westgrenze Anwendung finden. Die Festungen an der Ostgrenze werden zum Teil in das Gebiet des neuen Polens fallen. Die Mächte haben kein Interesse daran, die starken Befestigungen zu schleifen, da sie zur militärischen Stärkung des neuen Staates beitragen werden. Ebenso wird die Schleifung der Festungen, wie z. B. Thorn, nicht verlangt werden, weil sie eventuell als Bollwerk gegen eine bolschewistische Invasion dienen können. Der deutsche Generalstab wird verschwinden. Der Stab des zukünftigen deutschen Heeres von 100 000 Mann wird nur aus dem Oberbefehl und zwei Armeekorpsstäben bestehen.

### Die Internationalisierung der Rheinschifffahrt?

Paris, 14. März. (Reuter.) Das Unterkomitee für Schifffahrt der Kommission für Häfen und Wasserwege schlägt vor, daß der Rhein für die Schifffahrt aller Nationen ohne Unterschied geöffnet wird und von einer Kommission, ähnlich der Donauforschungsmission kontrolliert werde.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Dz. Mannheim, 14. März. Marzallach Koch tät gegenwärtig die Mannheimer Betriebe kontrollieren, die früher Arianmaterial erzeugen, aber diese Tätigkeit schon seit langem eingestellt haben.

Dz. Ventrath, 13. März. Bei dem Versuch, das besetzte Gebiet an verbotener Stelle zu überschreiten, wurde heute morgen ein junger Mann aus Silden durch einen englischen Wachtposten erschossen.

### Die Lebensmittelverhandlungen.

Arbeit, Rohstoffe und Lebensmittel! Berlin, 14. März. In der Sitzung in Charlottenburg vom 13. März überreichte der Vertreter der deutschen Regierung an die Alliierten eine Note, die innere Lage Deutschlands geschildert wird. Der Inhalt der Note lautet: „Das Ansehen der Regierung hat durch die entschlossene und verständnisvolle Haltung zwar sehr gewonnen, aber alle erregungen Erfolge mühen höchstem Scheiternfolge bleiben, wenn nicht in aller nächster Zeit der Arbeiterschaft, wenn auch nur leichte Besserung der Ernährungsverhältnisse gesichert werden kann. Gerade bei der großen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen unbeschränkten Freiheit wird die Nahrungsmittelnot zur Katastrophe führen. Nur die Arbeitsbeschaffung, ferner Rohstoffe und ausreichende Ernährung können der arbeitenden Bevölkerung endgültige Rettung bringen.“

### Die Lebensmittelmengen für Deutschland.

Amsterdam, 14. März. Dem „Telegraaf“ zufolge meldet die „Times“ aus Paris, daß in der ersten Sitzung der Waffenstillstandskommission in Brüssel die Alliierten erklären werden, daß sie aus Gründen der Menschlichkeit bereit sind, Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen und Deutschland bis zum 1. September 300 000 Tonnen Rohmaterial für die Vorbereitung und 70 000 Tonnen Rohmaterial Fett monatlich zur Verfügung stellen zu wollen. Die deutsche Handelsflotte muß den Alliierten abgetreten werden, ohne daß damit dem Beschluß über die künftige Schicksal dieser Schiffe vorgegriffen werde. Die Lebensmittelversorgung werde unter der Kontrolle der Alliierten und der Vereinigten Staaten vor sich gehen. Ein deutscher Delegierter wird an der Kommission teilnehmen.

### Deutsch-Osterreich und die Tscheco-Slowaken.

Dz. Wien, 14. März. Nach einer Meldung des Rott-Bureaus kann von einem förmlichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der tschecho-slowakischen und der deutsch-österreichischen Republik noch keine Rede sein, wenn auch eine diplomatische Spannung wegen der tschecho-slowakischen Verhältnisse besteht. Der übliche tägliche Verkehr mit der tschecho-slowakischen Gesandtschaft ist unterbrochen.

### Der Prozeß gegen Callaux.

Paris, 13. März. Die erste Sitzung des französischen Gerichtshofes in der Callaux-Affäre wird Anfang Mai stattfinden.

### Die Nationalversammlung.

(Fortsetzung aus der heutigen Morgen-Ausgabe.)

Weimar, 13. März.  
Nach dem Bericht des Reichswehrministers Roske über die Vorgänge in Berlin wird der Gesandtschaft, der den Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln außer durch die Reichsbank verbietet, nach kurzer Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. — Es folgen die gestern ausgelesenen

#### Abstimmungen über das Sozialisierungsgesetz.

Zum § 1, der die sittliche Pflicht jedes Deutschen zur Arbeit festlegt, wird ein Antrag Agnes (N. Soz.) und Gen. die Worte „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit“ durch die Worte „unbeschadet der Freiheit der Berufswahl“ ersetzt. Die Abstimmung ist zweifelhaft und muß durch Sammelsprache vorgenommen werden. Es stimmen 135 mit Ja, 163 mit Nein. § 1 wird in der Fassung des Ausschusses einstimmig angenommen.

Zum § 2, der dem Reiche die Befugnis zur Sozialisierung erteilt, liegen mehrere Abänderungsanträge vor. Über den Antrag Bauer (Soz.) und Gen., der die Enfschädigungspflicht des Reiches bei Sozialisierungen beseitigen will, wird namentlich abgestimmt. Der Antrag Bauer wird abgelehnt. Darauf wird § 2 in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 53 Stimmen in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge der Rest des Gesetzes. Damit ist das Sozialisierungsgesetz in zweiter Lesung erledigt.

#### Es folgt die zweite Beratung des Beschlusses über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Nach § 1 sind Kohle im Sinne dieses Gesetzes Steinkohle, Braunkohle, Pechkohle und Koks. § 2 bestimmt in der Kommissionsfassung im wesentlichen, daß die Leitung der Kohlenwirtschaft einem Reichskohlenrat übertragen wird, dessen Zusammensetzung der Sachverständigenrat, § 3, entsprehen soll. Die Reichsregierung schließt die Kohlenregenergie für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammen. In der Verwaltung dieser Verbände sind die Arbeitnehmer zu beteiligen. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht des Reichskohlenrats vor. Die Reichsregierung führt die Oberaufsicht und regelt die Feststellung der Preise.

Die Abg. Dr. Nieher und Dr. Böcker beantragen die Abänderung: den Verbänden liegt die Regelung des Absatzes unter Aufsicht des Reichskohlenrats ob. Außerdem beantragt die Kommission eine Entschliekung, wonach der Nationalversammlung mit möglichster Beschleunigung der angeforderte Gesandtschaft über die Bildung der Kohlenräte (Sachverständigenrat, regionalen Bezirksarbeitsräte und eines Reichsarbeitsrates) vorzulegen ist. Zur Bildung der Bezirksräte sind die gewerkschaftlichen Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten heranzuziehen. Hierzu liegt im Ausschusse Frau Agnes (N. Soz.) vor: Die Berufsvereine (Sachverständigenrat) sind in der einzelnen Betrieben nach demokratischem Wahlrecht zu wählen.

Abg. Dr. Wieland (Dem.): Vor Eingriffen in den technischen Förderungsbetrieb sollte man sich hüten. Im Kriege sind hier schwere Fehler gemacht worden. Hoffentlich wird der Kriegsbureaucratismus durch dieses Gesetz nicht in Permanenz erhalten.

Abg. Graf v. Poladowitz (D. Nat.): Wenn man aus dem Gesetz finanziell etwas für das Reich herausziehen will, so hätte man das ebenso auf dem Wege der Steuererhebung erreichen können. Daß man das nicht getan hat, beweist, daß politische Gründe für die Einbringung der Vorlage maßgebend gewesen sind.

Um 1 Uhr wird die Beratung ausgesetzt und um 2 1/2 Uhr wieder aufgenommen.

Abg. Heise (N. Soz.): Das Gesetz enthält nur erdärmliche Surrogate von dem, was die Arbeiter gefordert haben. (Widerspruch bei den Soz.) Es gibt ihnen Steine statt Brot. Wir lehnen es ab.

Abg. Osteroth (Soz.): Die Unabhängigen haben durch ihre Antäde gezeigt, daß sie den Klassenegoismus der Unternehmener durch einen anderen Klassenegoismus ersetzen wollen. (Lachen bei den N. Soz.)

Vizepräsident Hoffmann ruft Dr. Cohn zur Ordnung. (Widerspruch des Abg. Dr. Cohn.) Haben Sie denn nicht Freiheit geachtet? — Dr. Cohn: Ja habe ganz objektiv von Freiheit gesprochen. (Witterkeit.) — Dann rufe ich Sie wegen dieser Objektivität zur Ordnung. (Große Heiterkeit.)

Abg. Osteroth (fortfahrend): Die Bergarbeiter wissen aber sehr wohl, was sie von den Freunden des Deeren Denke zu erwarten haben. Wir betrachten dieses Gesetz als eine Etappe auf dem Wege zur Verstaatlichung des Bergbaues. Hätten Sie zehn Jahre früher Verständnis für den Wert der Gewerkschaften gezeigt, Herr Böcker, Sie hätten sich viel Sparsamkeit erspart. (Sehr wahr links.) Sie sind die wahren Väter der Spartakisten. (Lauter Widerspruch rechts; stürmischer Beifall links; Rufe rechts: Unerbitt! Generrufe links.) Die

gelten Werkvereine, die Sie (nach rechts) großgepöppelt haben, stellen jetzt die wildesten Spartakisten. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Weislich (D. Nat.): Das Gesetz, wie es vorliegt, ist für uns unannehmbar. Wenn wir unser Wirtschaftsleben wieder aufrichten wollen, ist es notwendig, daß der freie Handel und die freie Industrie wieder emporblühen. (Beifall.)

Reichswirtschaftsminister Wisell: Wir denken nicht daran, den Kleinhandel für Kohle zu besetzen.

Nach weiteren kurzen Ausführungen der Abg. Imbusch (Zentr.), Koenen (N. Soz.), des Reichsarbeitsministers Bauer, der sagt, daß die Anerkennung der Betriebsräte kein Erfolg des Generalstreiks sei, sowie des Abg. Wallbaum (D. Nat.), werden die §§ 1 und 2 unter Ablehnung der Anträge Agnes und Nieher unverändert angenommen. Ebenso die übrigen Teile des Gesetzes.

Darauf wird das Gesetz über die Kohlenwirtschaft sofort auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Rechten mit Ausnahme der Christlich-Sozialen angenommen.

Eingegangen ist eine Interpellation des Zentrums über Schutzmaßnahmen für den durch den Krieg in Not geratenen Mittelstand und das Kleinergewerbe.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Außerhalb der Tagesordnung erhält dann das Wort Ministerpräsident Scheidemann zu einer Erklärung, in der er im Namen der Reichsregierung

#### gegen eine Losrennung rheinischer Gebietsteile vom Reiche Stellung nimmt.

Präsident Hehrenbach: Es ist folgende Entschliekung eingegangen, unterzeichnet von den Abg. Loh, Gröber, v. Koenig, Graf v. Poladowitz, Dr. Heine und Haase: Die Nationalversammlung stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und ersucht die Reichsregierung, diese Erklärung allgemein bekannt zu machen.

Diese Entschliekung wird unter lebhaftem allseitigem Beifall einstimmig angenommen.

Präsident Hehrenbach: Wir sind damit am Ende unserer Arbeiten angelangt. In der Pause werden die Kommissionen fleißig und hoffentlich mit Erfolg für unser geliebtes Vaterland arbeiten. Wenn draußen hier und da Stimmen laut geworden sind, die die Nationalversammlung heute so viel, so kann einem ja manchmal dieses Gefühl antommen (Heiterkeit), aber wir haben in den letzten Wochen doch der Redelust Spiel angesetzt. Wenn das in Zukunft noch mehr anklingt, so wäre das freudig zu begrüßen. (Zustimmung.) Aber schließlich ist es ja unsere Arbeit, zu beraten, also zu reden, und unsere Taten sind die Worte und Beschlüsse, die wir fassen. Ich wünsche den Mitgliefern eine gute Heimkehr und ein rasches Wiedersehen. (Beifall.)

Nächste Sitzung Dienstag, den 25. März, nachmittags 3 Uhr; im Bedarfsfalle wird eine frühere Einberufung eintreten. — Schluß gegen 6 Uhr.

### Preussische Landesversammlung.

Die Eröffnungssitzung.

Berlin, 13. März.

Das Haus ist gut besetzt. Um 2 1/2 Uhr treten die Mitglieder der vorläufigen Regierung Herrs, Ernst, Rischew, Reich, Braun, Südekum, Hähnisch und Jahre in der Sor.

Während die anderen an den Regierungspräsidenten Platz nehmen, tritt der Ministerpräsident Dirks an das Rednerpult und begrüßt die Versammlung mit einer Ansprache. Er weist auf die ersten Verhältnisse hin. Da die Stelle des Reichswahlmännchens ist ein durchaus demokratisches Wahlrecht getreten. Das Volk ist nun berufen, sein Geschick selbst in die Hand zu nehmen. (Zurufe bei den N. Soz.: Belobigungskustand! Handararatent!)

Unbeirrt durch verbrecherischen Terror auf der einen und reaktionäre Weisheit auf der anderen Seite soll die Landesversammlung den richtigen Weg finden.

Der Redner gedenkt dann der vergangenen Zeiten, in denen die Reaktionäre dazu beitragen, daß die breiten Massen den Glauben an die Gerechtigkeit verloren. Den kraftlosen Händen der alten Rechtshaber entfällt das Steuerruder. Der Ministerpräsident schildert die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, weist auf die wilden Streiks hin, die zur Hungersnot führen müssen, und erklärt, daß die Revolutionäre ihre Mandate in die Hände der Landesversammlung zurücklegen werde. Große Aufgaben habe die Landesversammlung zu lösen. Allen Loslösungsgelüsten muß entgegengetreten werden. Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen! (Beifall.)

Darauf übernimmt der Alterspräsident, Abg. Herold (Zentr.), der im Jahre 1848 geboren ist, die Leitung der Versammlung und begrüßt die Erschienenen, besonders die Frauen. Als Schiffsführer beruft er Frau Hanna und die

Abgeordneten Specht, Raher (Frankfurt) und Graf (Anklam). Es sind bereits 340 Mitglieder angemeldet, die Versammlung ist also beschlußfähig. Ein Antrag Herold setzt die bisherige Geschäftsordnung im großen und ganzen als bindend fest. Einige Erleichterungen sind vorgesehen bei der Stellung von Anträgen. Die Bestimmungen über den Ausschluß von Mitgliedern fallen ganz fort.

Eingegangen ist das Gesetz über die vorläufige Verfassung und ein Antrag Hoffmann (N. Soz.) auf Aufhebung des Standrechts in Berlin.

Der Alterspräsident schlägt vor, die nächste Sitzung morgen nachmittags, 3 Uhr, abzuhalten mit der Tagesordnung: Antrag zur Geschäftsordnung, Wahl des Präsidiums, vorläufige Verfassung.

Abg. Adolf Hoffmann (N. Soz.) beantragt, außerdem noch seinen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, damit dem Warden in Berlin Einhalt getan werde. (Unruhe.) Wir dürfen keine Stunde mehr warten. (Zurufe bei den Soz.: Ihm Schuld!)

Abg. Bergt (D. Nat.): Es ist viel anspruchsvolles Blut in Berlin verfloßen worden, es fragt sich nur, durch welchen Schuld. (Zustimmung.)

Abg. Reinert (Soz.): Es wird gut sein, wenn endlich festgestellt wird, wer die Schuld an diesem Vorgehen trägt.

Nach weiterer Geschäftsordnungssprache, an der sich die Abg. Friedberg (Dem.), Bergt (D. Nat.), v. Krause (Zentr.) und Dr. Forch (Zentr.) beteiligen, wird beschloffen, die Frage des Belagerungszustandes auch auf die morgige Tagesordnung zu setzen. — Schluß 4 Uhr.

### Wiesbadener Nachrichten.

Stadterordneten-Sitzung vom 14. März 1919.

Die gestrige Stadterordnetensitzung nahm ganz wider Erwarten einen überaus schnellen und glatten Verlauf. Anwesend waren unter dem Vorsitz des Justizrats Siebert 38 Stadterordnete.

Der erste und wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf die Mitteilungen des Oberbürgermeisters Gläting über die Tarifverhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir entnehmen seinen Ausführungen etwa folgendes: Am 1. Juli 1918 ist das Verkehrssteuergesetz in Kraft getreten, das eine Prozentige Besteuerung der Fahrkarten bringt, das aber die Unternehmer berechtigt, die Steuer auf die Fahrpreise abzuwälzen, was bei einer Fahrkarte zu 10 Pf. 0.06 Pf. ausgemacht hätte. Die Direktion der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft aber benutzte diesen Anstoß, um die Forderung aufzustellen, den Mindestfahrpreis in Wiesbaden von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, was der Magistrat damals ablehnte und nur in einem Ausgleich der Steuer einwilligen wollte. Der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit schließlich als Aufsichtsbehörde zur Erledigung unterbreitet wurde, entschied im Sinne der Stadt, indem er nur eine Verschiebung von Tarifpunkten und eine Erhöhung der Fahrkarten genehmigte. Aber auch dazu ist es nicht gekommen, weil die S. E. G. immer noch hoffte, ihre ganzen Forderungen durchzusetzen und deshalb von der ihr zugesprochenen Befugnis einer Verschiebung von Tarifpunkten und einer Erhöhung der Fahrkarten keinen Gebrauch machte. In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli v. J. hat sich die Stadterordnetenversammlung einstimmig hinter den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, alle geschmähten Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt zu ergreifen und event. die Sache dem Reichsminister zu unterbreiten. Inzwischen hat man sich aber dahin verständigt, daß ein von beiden Seiten anerkannter Sachverständiger, der Direktor der Frankfurter Stadterordneten Straßenbahnen, ein Gutachten erstatten sollte, das in diesen Tagen in die Hände des Magistrats gelangt ist. Das Gutachten gelangt nach sorgfältigen finanziellen und technischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die von der S. E. G. der Stadt Wiesbaden vorgeschlagene Tarifänderung unter den inwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr zu beanstanden sei, und zwar wird dies in der Hauptsache mit der verminderten Kaufkraft des Geldes, der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Abnahmestück, Preissteigerung der Betriebsmaterialien usw. begründet. Der Magistrat hat diese Gelegenheit wahrgenommen, erneut die Strompreissfrage aufzuwerfen, und verlangt nunmehr auch einen um 7 1/2 Pf. höheren Strompreis, so daß die S. E. G. jetzt jährlich 150- bis 175 000 M. mehr für den Strom an die Stadt zu zahlen hat, welche Forderung von der Regierung auch genehmigt wurde. So wird am 1. April d. J. der Mindestfahrpreis auf den Wiesbadener Straßenbahnen 15 Pf. betragen. Die Stadt hat sich indes nur auf die Dauer von 2 Jahren gebunden, während welcher Zeit sie die S. E. G. im Hinblick auf den späteren Anlauf einer neuen Prüfung unterzeichnen will. — Die Stadterordneten hatten dieser einleuchtenden Darstellung des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen.

Der zweite wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Mitteilung des Stadterordneten Siebert über die Tarifverhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir entnehmen seinen Ausführungen etwa folgendes: Am 1. Juli 1918 ist das Verkehrssteuergesetz in Kraft getreten, das eine Prozentige Besteuerung der Fahrkarten bringt, das aber die Unternehmer berechtigt, die Steuer auf die Fahrpreise abzuwälzen, was bei einer Fahrkarte zu 10 Pf. 0.06 Pf. ausgemacht hätte. Die Direktion der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft aber benutzte diesen Anstoß, um die Forderung aufzustellen, den Mindestfahrpreis in Wiesbaden von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, was der Magistrat damals ablehnte und nur in einem Ausgleich der Steuer einwilligen wollte. Der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit schließlich als Aufsichtsbehörde zur Erledigung unterbreitet wurde, entschied im Sinne der Stadt, indem er nur eine Verschiebung von Tarifpunkten und eine Erhöhung der Fahrkarten genehmigte. Aber auch dazu ist es nicht gekommen, weil die S. E. G. immer noch hoffte, ihre ganzen Forderungen durchzusetzen und deshalb von der ihr zugesprochenen Befugnis einer Verschiebung von Tarifpunkten und einer Erhöhung der Fahrkarten keinen Gebrauch machte. In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli v. J. hat sich die Stadterordnetenversammlung einstimmig hinter den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, alle geschmähten Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt zu ergreifen und event. die Sache dem Reichsminister zu unterbreiten. Inzwischen hat man sich aber dahin verständigt, daß ein von beiden Seiten anerkannter Sachverständiger, der Direktor der Frankfurter Stadterordneten Straßenbahnen, ein Gutachten erstatten sollte, das in diesen Tagen in die Hände des Magistrats gelangt ist. Das Gutachten gelangt nach sorgfältigen finanziellen und technischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die von der S. E. G. der Stadt Wiesbaden vorgeschlagene Tarifänderung unter den inwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr zu beanstanden sei, und zwar wird dies in der Hauptsache mit der verminderten Kaufkraft des Geldes, der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Abnahmestück, Preissteigerung der Betriebsmaterialien usw. begründet. Der Magistrat hat diese Gelegenheit wahrgenommen, erneut die Strompreissfrage aufzuwerfen, und verlangt nunmehr auch einen um 7 1/2 Pf. höheren Strompreis, so daß die S. E. G. jetzt jährlich 150- bis 175 000 M. mehr für den Strom an die Stadt zu zahlen hat, welche Forderung von der Regierung auch genehmigt wurde. So wird am 1. April d. J. der Mindestfahrpreis auf den Wiesbadener Straßenbahnen 15 Pf. betragen. Die Stadt hat sich indes nur auf die Dauer von 2 Jahren gebunden, während welcher Zeit sie die S. E. G. im Hinblick auf den späteren Anlauf einer neuen Prüfung unterzeichnen will. — Die Stadterordneten hatten dieser einleuchtenden Darstellung des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen.

Der dritte wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Mitteilung des Stadterordneten Siebert über die Tarifverhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir entnehmen seinen Ausführungen etwa folgendes: Am 1. Juli 1918 ist das Verkehrssteuergesetz in Kraft getreten, das eine Prozentige Besteuerung der Fahrkarten bringt, das aber die Unternehmer berechtigt, die Steuer auf die Fahrpreise abzuwälzen, was bei einer Fahrkarte zu 10 Pf. 0.06 Pf. ausgemacht hätte. Die Direktion der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft aber benutzte diesen Anstoß, um die Forderung aufzustellen, den Mindestfahrpreis in Wiesbaden von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, was der Magistrat damals ablehnte und nur in einem Ausgleich der Steuer einwilligen wollte. Der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit schließlich als Aufsichtsbehörde zur Erledigung unterbreitet wurde, entschied im Sinne der Stadt, indem er nur eine Verschiebung von Tarifpunkten und eine Erhöhung der Fahrkarten genehmigte. Aber auch dazu ist es nicht gekommen, weil die S. E. G. immer noch hoffte, ihre ganzen Forderungen durchzusetzen und deshalb von der ihr zugesprochenen Befugnis einer Verschiebung von Tarifpunkten und einer Erhöhung der Fahrkarten keinen Gebrauch machte. In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli v. J. hat sich die Stadterordnetenversammlung einstimmig hinter den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, alle geschmähten Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt zu ergreifen und event. die Sache dem Reichsminister zu unterbreiten. Inzwischen hat man sich aber dahin verständigt, daß ein von beiden Seiten anerkannter Sachverständiger, der Direktor der Frankfurter Stadterordneten Straßenbahnen, ein Gutachten erstatten sollte, das in diesen Tagen in die Hände des Magistrats gelangt ist. Das Gutachten gelangt nach sorgfältigen finanziellen und technischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die von der S. E. G. der Stadt Wiesbaden vorgeschlagene Tarifänderung unter den inwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr zu beanstanden sei, und zwar wird dies in der Hauptsache mit der verminderten Kaufkraft des Geldes, der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Abnahmestück, Preissteigerung der Betriebsmaterialien usw. begründet. Der Magistrat hat diese Gelegenheit wahrgenommen, erneut die Strompreissfrage aufzuwerfen, und verlangt nunmehr auch einen um 7 1/2 Pf. höheren Strompreis, so daß die S. E. G. jetzt jährlich 150- bis 175 000 M. mehr für den Strom an die Stadt zu zahlen hat, welche Forderung von der Regierung auch genehmigt wurde. So wird am 1. April d. J. der Mindestfahrpreis auf den Wiesbadener Straßenbahnen 15 Pf. betragen. Die Stadt hat sich indes nur auf die Dauer von 2 Jahren gebunden, während welcher Zeit sie die S. E. G. im Hinblick auf den späteren Anlauf einer neuen Prüfung unterzeichnen will. — Die Stadterordneten hatten dieser einleuchtenden Darstellung des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen.

Der vierte wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Mitteilung des Stadterordneten Siebert über die Tarifverhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir entnehmen seinen Ausführungen etwa folgendes: Am 1. Juli 1918 ist das Verkehrssteuergesetz in Kraft getreten, das eine Prozentige Besteuerung der Fahrkarten bringt, das aber die Unternehmer berechtigt, die Steuer auf die Fahrpreise abzuwälzen, was bei einer Fahrkarte zu 10 Pf. 0.06 Pf. ausgemacht hätte. Die Direktion der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft aber benutzte diesen Anstoß, um die Forderung aufzustellen, den Mindestfahrpreis in Wiesbaden von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, was der Magistrat damals ablehnte und nur in einem Ausgleich der Steuer einwilligen wollte. Der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit schließlich als Aufsichtsbehörde zur Erledigung unterbreitet wurde, entschied im Sinne der Stadt, indem er nur eine Verschiebung von Tarifpunkten und eine Erhöhung der Fahrkarten genehmigte. Aber auch dazu ist es nicht gekommen, weil die S. E. G. immer noch hoffte, ihre ganzen Forderungen durchzusetzen und deshalb von der ihr zugesprochenen Befugnis einer Verschiebung von Tarifpunkten und einer Erhöhung der Fahrkarten keinen Gebrauch machte. In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli v. J. hat sich die Stadterordnetenversammlung einstimmig hinter den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, alle geschmähten Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt zu ergreifen und event. die Sache dem Reichsminister zu unterbreiten. Inzwischen hat man sich aber dahin verständigt, daß ein von beiden Seiten anerkannter Sachverständiger, der Direktor der Frankfurter Stadterordneten Straßenbahnen, ein Gutachten erstatten sollte, das in diesen Tagen in die Hände des Magistrats gelangt ist. Das Gutachten gelangt nach sorgfältigen finanziellen und technischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die von der S. E. G. der Stadt Wiesbaden vorgeschlagene Tarifänderung unter den inwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr zu beanstanden sei, und zwar wird dies in der Hauptsache mit der verminderten Kaufkraft des Geldes, der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Abnahmestück, Preissteigerung der Betriebsmaterialien usw. begründet. Der Magistrat hat diese Gelegenheit wahrgenommen, erneut die Strompreissfrage aufzuwerfen, und verlangt nunmehr auch einen um 7 1/2 Pf. höheren Strompreis, so daß die S. E. G. jetzt jährlich 150- bis 175 000 M. mehr für den Strom an die Stadt zu zahlen hat, welche Forderung von der Regierung auch genehmigt wurde. So wird am 1. April d. J. der Mindestfahrpreis auf den Wiesbadener Straßenbahnen 15 Pf. betragen. Die Stadt hat sich indes nur auf die Dauer von 2 Jahren gebunden, während welcher Zeit sie die S. E. G. im Hinblick auf den späteren Anlauf einer neuen Prüfung unterzeichnen will. — Die Stadterordneten hatten dieser einleuchtenden Darstellung des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen.

Der fünfte wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Mitteilung des Stadterordneten Siebert über die Tarifverhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir entnehmen seinen Ausführungen etwa folgendes: Am 1. Juli 1918 ist das Verkehrssteuergesetz in Kraft getreten, das eine Prozentige Besteuerung der Fahrkarten bringt, das aber die Unternehmer berechtigt, die Steuer auf die Fahrpreise abzuwälzen, was bei einer Fahrkarte zu 10 Pf. 0.06 Pf. ausgemacht hätte. Die Direktion der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft aber benutzte diesen Anstoß, um die Forderung aufzustellen, den Mindestfahrpreis in Wiesbaden von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, was der Magistrat damals ablehnte und nur in einem Ausgleich der Steuer einwilligen wollte. Der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit schließlich als Aufsichtsbehörde zur Erledigung unterbreitet wurde, entschied im Sinne der Stadt, indem er nur eine Verschiebung von Tarifpunkten und eine Erhöhung der Fahrkarten genehmigte. Aber auch dazu ist es nicht gekommen, weil die S. E. G. immer noch hoffte, ihre ganzen Forderungen durchzusetzen und deshalb von der ihr zugesprochenen Befugnis einer Verschiebung von Tarifpunkten und einer Erhöhung der Fahrkarten keinen Gebrauch machte. In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli v. J. hat sich die Stadterordnetenversammlung einstimmig hinter den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, alle geschmähten Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt zu ergreifen und event. die Sache dem Reichsminister zu unterbreiten. Inzwischen hat man sich aber dahin verständigt, daß ein von beiden Seiten anerkannter Sachverständiger, der Direktor der Frankfurter Stadterordneten Straßenbahnen, ein Gutachten erstatten sollte, das in diesen Tagen in die Hände des Magistrats gelangt ist. Das Gutachten gelangt nach sorgfältigen finanziellen und technischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die von der S. E. G. der Stadt Wiesbaden vorgeschlagene Tarifänderung unter den inwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr zu beanstanden sei, und zwar wird dies in der Hauptsache mit der verminderten Kaufkraft des Geldes, der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Abnahmestück, Preissteigerung der Betriebsmaterialien usw. begründet. Der Magistrat hat diese Gelegenheit wahrgenommen, erneut die Strompreissfrage aufzuwerfen, und verlangt nunmehr auch einen um 7 1/2 Pf. höheren Strompreis, so daß die S. E. G. jetzt jährlich 150- bis 175 000 M. mehr für den Strom an die Stadt zu zahlen hat, welche Forderung von der Regierung auch genehmigt wurde. So wird am 1. April d. J. der Mindestfahrpreis auf den Wiesbadener Straßenbahnen 15 Pf. betragen. Die Stadt hat sich indes nur auf die Dauer von 2 Jahren gebunden, während welcher Zeit sie die S. E. G. im Hinblick auf den späteren Anlauf einer neuen Prüfung unterzeichnen will. — Die Stadterordneten hatten dieser einleuchtenden Darstellung des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen.

Der sechste wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Mitteilung des Stadterordneten Siebert über die Tarifverhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir entnehmen seinen Ausführungen etwa folgendes: Am 1. Juli 1918 ist das Verkehrssteuergesetz in Kraft getreten, das eine Prozentige Besteuerung der Fahrkarten bringt, das aber die Unternehmer berechtigt, die Steuer auf die Fahrpreise abzuwälzen, was bei einer Fahrkarte zu 10 Pf. 0.06 Pf. ausgemacht hätte. Die Direktion der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft aber benutzte diesen Anstoß, um die Forderung aufzustellen, den Mindestfahrpreis in Wiesbaden von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, was der Magistrat damals ablehnte und nur in einem Ausgleich der Steuer einwilligen wollte. Der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit schließlich als Aufsichtsbehörde zur Erledigung unterbreitet wurde, entschied im Sinne der Stadt, indem er nur eine Verschiebung von Tarifpunkten und eine Erhöhung der Fahrkarten genehmigte. Aber auch dazu ist es nicht gekommen, weil die S. E. G. immer noch hoffte, ihre ganzen Forderungen durchzusetzen und deshalb von der ihr zugesprochenen Befugnis einer Verschiebung von Tarifpunkten und einer Erhöhung der Fahrkarten keinen Gebrauch machte. In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli v. J. hat sich die Stadterordnetenversammlung einstimmig hinter den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, alle geschmähten Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt zu ergreifen und event. die Sache dem Reichsminister zu unterbreiten. Inzwischen hat man sich aber dahin verständigt, daß ein von beiden Seiten anerkannter Sachverständiger, der Direktor der Frankfurter Stadterordneten Straßenbahnen, ein Gutachten erstatten sollte, das in diesen Tagen in die Hände des Magistrats gelangt ist. Das Gutachten gelangt nach sorgfältigen finanziellen und technischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die von der S. E. G. der Stadt Wiesbaden vorgeschlagene Tarifänderung unter den inwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr zu beanstanden sei, und zwar wird dies in der Hauptsache mit der verminderten Kaufkraft des Geldes, der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Abnahmestück, Preissteigerung der Betriebsmaterialien usw. begründet. Der Magistrat hat diese Gelegenheit wahrgenommen, erneut die Strompreissfrage aufzuwerfen, und verlangt nunmehr auch einen um 7 1/2 Pf. höheren Strompreis, so daß die S. E. G. jetzt jährlich 150- bis 175 000 M. mehr für den Strom an die Stadt zu zahlen hat, welche Forderung von der Regierung auch genehmigt wurde. So wird am 1. April d. J. der Mindestfahrpreis auf den Wiesbadener Straßenbahnen 15 Pf. betragen. Die Stadt hat sich indes nur auf die Dauer von 2 Jahren gebunden, während welcher Zeit sie die S. E. G. im Hinblick auf den späteren Anlauf einer neuen Prüfung unterzeichnen will. — Die Stadterordneten hatten dieser einleuchtenden Darstellung des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen.

Der siebte wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Mitteilung des Stadterordneten Siebert über die Tarifverhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir entnehmen seinen Ausführungen etwa folgendes: Am 1. Juli 1918 ist das Verkehrssteuergesetz in Kraft getreten, das eine Prozentige Besteuerung der Fahrkarten bringt, das aber die Unternehmer berechtigt, die Steuer auf die Fahrpreise abzuwälzen, was bei einer Fahrkarte zu 10 Pf. 0.06 Pf. ausgemacht hätte. Die Direktion der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft aber benutzte diesen Anstoß, um die Forderung aufzustellen, den Mindestfahrpreis in Wiesbaden von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, was der Magistrat damals ablehnte und nur in einem Ausgleich der Steuer einwilligen wollte. Der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit schließlich als Aufsichtsbehörde zur Erledigung unterbreitet wurde, entschied im Sinne der Stadt, indem er nur eine Verschiebung von Tarifpunkten und eine Erhöhung der Fahrkarten genehmigte. Aber auch dazu ist es nicht gekommen, weil die S. E. G. immer noch hoffte, ihre ganzen Forderungen durchzusetzen und deshalb von der ihr zugesprochenen Befugnis einer Verschiebung von Tarifpunkten und einer Erhöhung der Fahrkarten keinen Gebrauch machte. In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli v. J. hat sich die Stadterordnetenversammlung einstimmig hinter den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, alle geschmähten Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt zu ergreifen und event. die Sache dem Reichsminister zu unterbreiten. Inzwischen hat man sich aber dahin verständigt, daß ein von beiden Seiten anerkannter Sachverständiger, der Direktor der Frankfurter Stadterordneten Straßenbahnen, ein Gutachten erstatten sollte, das in diesen Tagen in die Hände des Magistrats gelangt ist. Das Gutachten gelangt nach sorgfältigen finanziellen und technischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die von der S. E. G. der Stadt Wiesbaden vorgeschlagene Tarifänderung unter den inwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr zu beanstanden sei, und zwar wird dies in der Hauptsache mit der verminderten Kaufkraft des Geldes, der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Abnahmestück, Preissteigerung der Betriebsmaterialien usw. begründet. Der Magistrat hat diese Gelegenheit wahrgenommen, erneut die Strompreissfrage aufzuwerfen, und verlangt nunmehr auch einen um 7 1/2 Pf. höheren Strompreis, so daß die S. E. G. jetzt jährlich 150- bis 175 000 M. mehr für den Strom an die Stadt zu zahlen hat, welche Forderung von der Regierung auch genehmigt wurde. So wird am 1. April d. J. der Mindestfahrpreis auf den Wiesbadener Straßenbahnen 15 Pf. betragen. Die Stadt hat sich indes nur auf die Dauer von 2 Jahren gebunden, während welcher Zeit sie die S. E. G. im Hinblick auf den späteren Anlauf einer neuen Prüfung unterzeichnen will. — Die Stadterordneten hatten dieser einleuchtenden Darstellung des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen.

Der achte wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Mitteilung des Stadterordneten Siebert über die Tarifverhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir entnehmen seinen Ausführungen etwa folgendes: Am 1. Juli 1918 ist das Verkehrssteuergesetz in Kraft getreten, das eine Prozentige Besteuerung der Fahrkarten bringt, das aber die Unternehmer berechtigt, die Steuer auf die Fahrpreise abzuwälzen, was bei einer Fahrkarte zu 10 Pf. 0.06 Pf. ausgemacht hätte. Die Direktion der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft aber benutzte diesen Anstoß, um die Forderung aufzustellen, den Mindestfahrpreis in Wiesbaden von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, was der Magistrat damals ablehnte und nur in einem Ausgleich der Steuer einwilligen wollte. Der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit schließlich als Aufsichtsbehörde zur Erledigung unterbreitet wurde, entschied im Sinne der Stadt, indem er nur eine Verschiebung von Tarifpunkten und eine Erhöhung der Fahrkarten genehmigte. Aber auch dazu ist es nicht gekommen, weil die S. E. G. immer noch hoffte, ihre ganzen Forderungen durchzusetzen und deshalb von der ihr zugesprochenen Befugnis einer Verschiebung von Tarifpunkten und einer Erhöhung der Fahrkarten keinen Gebrauch machte. In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli v. J. hat sich die Stadterordnetenversammlung einstimmig hinter den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, alle geschmähten Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt zu ergreifen und event. die Sache dem Reichsminister zu unterbreiten. Inzwischen hat man sich aber dahin verständigt, daß ein von beiden Seiten anerkannter Sachverständiger, der Direktor der Frankfurter Stadterordneten Straßenbahnen, ein Gutachten erstatten sollte, das in diesen Tagen in die Hände des Magistrats gelangt ist. Das Gutachten gelangt nach sorgfältigen finanziellen und technischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die von der S. E. G. der Stadt Wiesbaden vorgeschlagene Tarifänderung unter den inwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr zu beanstanden sei, und zwar wird dies in der Hauptsache mit der verminderten Kaufkraft des Geldes, der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Abnahmestück, Preissteigerung der Betriebsmaterialien usw. begründet. Der Magistrat hat diese Gelegenheit wahrgenommen, erneut die Strompreissfrage aufzuwerfen, und verlangt nunmehr auch einen um 7 1/2 Pf. höheren Strompreis, so daß die S. E. G. jetzt jährlich 150- bis 175 000 M. mehr für den Strom an die Stadt zu zahlen hat, welche Forderung von der Regierung auch genehmigt wurde. So wird am 1. April d. J. der Mindestfahrpreis auf den Wiesbadener Straßenbahnen 15 Pf. betragen. Die Stadt hat sich indes nur auf die Dauer von 2 Jahren gebunden, während welcher Zeit sie die S. E. G. im Hinblick auf den späteren Anlauf einer neuen Prüfung unterzeichnen will. — Die Stadterordneten hatten dieser einleuchtenden Darstellung des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen.

Der neunte wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Mitteilung des Stadterordneten Siebert über die Tarifverhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir entnehmen seinen Ausführungen etwa folgendes: Am 1. Juli 1918 ist das Verkehrssteuergesetz in Kraft getreten, das eine Prozentige Besteuerung der Fahrkarten bringt, das aber die Unternehmer berechtigt, die Steuer auf die Fahrpreise abzuwälzen, was bei einer Fahrkarte zu 10 Pf. 0.06 Pf. ausgemacht hätte. Die Direktion der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft aber benutzte diesen Anstoß, um die Forderung aufzustellen, den Mindestfahrpreis in Wiesbaden von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, was der Magistrat damals ablehnte und nur in einem Ausgleich der Steuer einwilligen wollte. Der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit schließlich als Aufsichtsbehörde zur Erledigung unterbreitet wurde, entschied im Sinne der Stadt, indem er nur eine Verschiebung von Tarifpunkten und eine Erhöhung der Fahrkarten genehmigte. Aber auch dazu ist es nicht gekommen, weil die S. E. G. immer noch hoffte, ihre ganzen Forderungen durchzusetzen und deshalb von der ihr zugesprochenen Befugnis einer Verschiebung von Tarifpunkten und einer Erhöhung der Fahrkarten keinen Gebrauch machte. In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli v. J. hat sich die Stadterordnetenversammlung einstimmig hinter den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, alle geschmähten Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt zu ergreifen und event. die Sache dem Reichsminister zu unterbreiten. Inzwischen hat man sich aber dahin verständigt, daß ein von beiden Seiten anerkannter Sachverständiger, der Direktor der Frankfurter Stadterordneten Straßenbahnen, ein Gutachten erstatten sollte, das in diesen Tagen in die Hände des Magistrats gelangt ist. Das Gutachten gelangt nach sorgfältigen finanziellen und technischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die von der S. E. G. der Stadt Wiesbaden vorgeschlagene Tarifänderung unter den inwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr zu beanstanden sei, und zwar wird dies in der Hauptsache mit der verminderten Kaufkraft des Geldes, der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Abnahmestück, Preissteigerung der Betriebsmaterialien usw. begründet. Der Magistrat hat diese Gelegenheit wahrgenommen, erneut die Strompreissfrage aufzuwerfen, und verlangt nunmehr auch einen um 7 1/2 Pf. höheren Strompreis, so daß die S. E. G. jetzt jährlich 150- bis 175 000 M. mehr für den Strom an die Stadt zu zahlen hat, welche Forderung von der Regierung auch genehmigt wurde. So wird am 1. April d. J. der Mindestfahrpreis auf den Wiesbadener Straßenbahnen 15 Pf. betragen. Die Stadt hat sich indes nur auf die Dauer von 2 Jahren gebunden, während welcher Zeit sie die S. E. G. im Hinblick auf den späteren Anlauf einer neuen Prüfung unterzeichnen will. — Die Stadterordneten hatten dieser einleuchtenden Darstellung des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen.

Der zehnte wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Mitteilung des Stadterordneten Siebert über die Tarifverhandlungen mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Wir entnehmen seinen Ausführungen etwa folgendes: Am 1. Juli 1918 ist das Verkehrssteuergesetz in Kraft getreten, das eine Prozentige Besteuerung der Fahrkarten bringt, das aber die Unternehmer berechtigt, die Steuer auf die Fahrpreise abzuwälzen, was bei einer Fahrkarte zu 10 Pf. 0.06 Pf. ausgemacht hätte. Die Direktion der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft aber benutzte diesen Anstoß, um die Forderung aufzustellen, den Mindestfahrpreis in Wiesbaden von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen, was der Magistrat damals ablehnte und nur in einem Ausgleich der Steuer einwilligen wollte. Der Regierungspräsident, dem die Angelegenheit schließlich als Aufsichtsbehörde zur Erledigung unterbreitet wurde, entschied im Sinne der Stadt, indem er nur eine Verschiebung von Tarifpunkten und eine Erhöhung der Fahrkarten genehmigte. Aber auch dazu ist es nicht gekommen, weil die S. E. G. immer noch hoffte, ihre ganzen Forderungen durchzusetzen und deshalb von der ihr zugesprochenen Befugnis einer Verschiebung von Tarifpunkten und einer Erhöhung der Fahrkarten keinen Gebrauch machte. In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli v. J. hat sich die Stadterordnetenversammlung einstimmig hinter den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, alle geschmähten Mittel zur Wahrung der Interessen der Stadt zu ergreifen und event. die Sache dem Reichsminister zu unterbreiten. Inzwischen hat man sich aber dahin verständigt, daß ein von beiden Seiten anerkannter Sachverständiger, der Direktor der Frankfurter Stadterordneten Straßenbahnen, ein Gutachten erstatten sollte, das in diesen Tagen in die Hände des Magistrats gelangt ist. Das Gutachten gelangt nach sorgfältigen finanziellen und technischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß die von der S. E. G. der Stadt Wiesbaden vorgeschlagene Tarifänderung unter den inwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr zu beanstanden sei, und zwar wird dies in der Hauptsache mit der verminderten Kaufkraft des Geldes, der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Abnahmestück, Preissteigerung der Betriebsmaterialien usw. begründet. Der Magistrat hat diese Gelegenheit wahrgenommen, erneut die Strompreissfrage aufzuwerfen, und verlangt nunmehr auch einen um 7 1/2 Pf. höheren Strompreis, so daß die S. E. G. jetzt jährlich 150- bis 175 000 M. mehr für den Strom an die Stadt zu zahlen hat, welche Forderung von der Regierung auch genehmigt wurde. So wird am 1. April d. J. der Mindestfahrpreis auf den Wiesbadener Straßenbahnen 15 Pf. betragen. Die Stadt hat sich indes nur auf die Dauer von 2 Jahren gebunden, während welcher Zeit sie die S. E. G. im Hinblick auf den späteren Anlauf einer neuen Prüfung unterzeichnen will. — Die Stadterordneten hatten dieser einleuchtenden Darstellung des Oberbürgermeisters nichts hinzuzufügen.

### Die geplünderte Stadt.

Ein Versuch in Halle von Silbe Bergmann.

Am Flußweg nach Halle. — Das Straßenbild. — Brügelstraße für Plünderer. — Schreckensfeste der Spartakisten. — Halle unterm Belagerungszustand.

Mit der Bahn war keine Aussicht, in die Stadt zu gelangen, und ich mußte hoch betenden, was die Saalestadt nach den unerhörten Vorfällen der letzten Tage für ein Gesicht zeigte. Durch die Freundschaft der Piloten Leutnant Noose und Oberleutnant Graf v. Kalkreuth, die mit den in Halle befindlichen Truppen des Generals Märkers Verbindung unterhielten, sollte ich auf





Sechstes Symphonie-Konzert.

im „Nassauischen Landestheater“ am 30. März 1919. Stimmbegabte musikalische Damen und Herren...

1. Deutsche Automobilfachschule MAINZ Chauffeur-Schule

Vom Ministerium ermächtigte Ausbildungsstätte für Führer von Kraftfahrzeugen. Kurse am 1. u. 15. jeden Monats.

Bekanntmachung.

Da in der Stadt das Gerücht geht, mein Geschäft sei verkauft, gebe ich bekannt, daß dasselbe noch nach wie vor mein Eigentum ist...

Kohlen-Weis

Inhaberin: Frau E. Weis. Adolfstrasse 12, Part. Telefon 770 freigegeben.

THEATER-BILLETTS

Passage- und Reisebüro BORN & SCHOTTENFELS Hotel Nassauer Hof. Auch Sonntag nachmittags geöffnet.

„Wörterbücher“

französische wieder eingetroffen. D. Gierh., Buchh., n. Hauptst.

Umpreßhüte

in Stroh aller Art. Hochmoderne Formen. Umarbeiten von Seiden- u. Bortenhüten...

Streichfertige Delfarben

Bleiweiß Ia Möbellacke feinst in Öl gerieben feinst hell

Fa. Aug. Röhrig & Cie.

Farben-, Lack- und Kitt-Fabrik Wiesbaden, Marktstraße 6.

Hans Dauer, Schneider

Hellmundstraße 2, 2. Wir haben einige Kost...

Schokolade, Toilettenseife, Zigaretten, Kamillen- u. Pfefferminztee abzugeben

Bereinigung Volkswohl, Mainz, Heidelberg Fahrgasse 15.

Arbeitspferde

ein. — Größtenteils junge Pferde. Sonntag stehen dieselben zum Verkauf bei...

Kahn & Löwensberg

Bierstadt, Langgasse. Montag sehen...

Fertel u. Läufer Schweine

zum Verkauf bei Albert Himmelreich Erbenheim, Wiesbadenerstr. 10.

Rotes Haus

Airchgasse 76 frisch eingegangene und im Ausverkauf erstklassige Aulmbacher, Dortmund- u. Henrich-Biere...

Zu einem in den nächsten Tagen beginnenden Tanz-Kursus bitte ich um weitere Anmeldungen.

Am Sonntag, den 16. März, sind von 1 Uhr nachm. ab nur folgende Wiesbadener Apotheken geöffnet...

Grabdenkmal- und Friedhofskunst. Entwurf- u. Beratungsbüro für Denkmal- u. Kapellensang. Einzelschmuck, Erdbegehrt, Familiengründer, Friedhofsanlagen...

K. A. Seifenpulver K. A. Seife „Burnus“ z. Einweichen der Wäsche, Henckels „Sil“...

M. O. Gruhl, Tel. 2109. Ersatz für Rasenbleiche. Kirchg. 11. Bleichhilfe...

Arbeitspferde. Mehr. Strohballenwagen, fast neu (41), u. Oberboden, voll für Reiner. Stockholm, Cilia, Zugschube u. Stiefel...

Centralblatt. für Hausverwaltung, 1886 bis 1911, abh. neu. a. Band 8. H. Gierh. (n. Hauptpost).

Klavier zu verkaufen. Meinich, Naumb. Str. 8. Blüthner-Piano...

Sofort zu verkaufen. elea, triesterl. Gramophon, mit od. ohne Matten...

Rußbaum Galonjdrant. Russisch 11, 6 Fohrkühle, Walschlomden u. Konjohlschank zu verkaufen. Erbe, Weidenstr. 8, Mith. 1 r.

Sofort zu verkaufen. pol. u. lad. Kleidersch., Abb. Vertiko, Divan, Küchenchr., 6 Rußb., Stühle, Sofa, etc.

Sofort zu verkaufen. pol. u. lad. Kleidersch., Abb. Vertiko, Divan, Küchenchr., 6 Rußb., Stühle, Sofa, etc.

Sofort zu verkaufen. pol. u. lad. Kleidersch., Abb. Vertiko, Divan, Küchenchr., 6 Rußb., Stühle, Sofa, etc.

Sofort zu verkaufen. pol. u. lad. Kleidersch., Abb. Vertiko, Divan, Küchenchr., 6 Rußb., Stühle, Sofa, etc.

Sofort zu verkaufen. pol. u. lad. Kleidersch., Abb. Vertiko, Divan, Küchenchr., 6 Rußb., Stühle, Sofa, etc.

Sofort zu verkaufen. pol. u. lad. Kleidersch., Abb. Vertiko, Divan, Küchenchr., 6 Rußb., Stühle, Sofa, etc.

Seltene Gelegenheit. Sehr gute Küchen-Einrichtung, besteh. aus Schrank, Tisch, 2 Stühlen, 165 Wt. Tisch, Vertikalstr. 25, Lab., Cleonotenstraße 7, 2 r.

Flaschenstrant. 1.000 Flaschen, einer für 400, zu verl. Delferich, Naumb. Str. 8.

Auto. 20/45 PS., offen Torpedoform, 17 Hg neu lackiert prima 2. Hand, neu. Vered, 2. Wind. Schreiber, neuer Rest. Entw., kompl. Verführung, f. den bill. Preis von 10.000.— gr. Kasse los. zu verkaufen. Anfr. u. N. 57 a. d. Tagl.-Berl.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

Wahl-Anzeige. bill. zu verl. Schuster, Niederwallstraße 6, V. 1. Prachtvoller email. erler Küchenherd sofort zu verkaufen. Weller, Ockmundstr. 53, Part. 1.

**Puderpapier** weiß, rosa, gelblich, bräunlich, rötlich, brünette

M. —.50, —.60, —.75, 1.—

**D. M. Albersheim**  
Wiesbaden, Wilhelmstrasse 33.  
Fernspr. 3007.

K 48

**Freie evangelische Vereinigung.**  
Montag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Saale der Lutherkirche (Lutheraal): F 330

**Dritter Vortrag.**  
Herrn Lieber:  
Christentum und Sozialdemokratie.  
Der Vorstand: Prof. D. Fresenius.  
Die Versammlung ist genehmigt.

**Weinwirtschaft „Pfälzer Jakob“**  
Niedstraße 26, an der Waldstraße.  
Empfehle meinen 1917er  
**Guntersblumer Weißwein**  
im Ausschank 1/2, Schoppen 2 Mk., sowie 1918er und 1917er Flaschenweine.

**Damen-Hüte**  
Johanna Diehl-Weber  
Scharnhorststraße 29, 9. L.  
Hüte zum Umarbeiten und Fassonnieren werden schon jetzt angenommen.

**Emopinol - Franzbranntwein**  
Verstärkter Flasche 3 Mk. 312

**Drogerie Möbus, Tannusstr. 25.**

Besuch u. fachmänn. Beratz. **Inhawe** :: kostenlos :: Karte genügt.

**Einen Anzug kostenlos**  
gereinigt und aufgebügelt erhält man durch  
**Freiberger & Capitain**  
46 Webergasse :: Webergasse 46  
sofern man sich deren  
**Instand-Haltungs-Werkstätte**  
für Anzüge und Uniformen im Abonnement bedient. — Herren- u. Damenschneiderel (Verarbeitung aller zugegeb. Stoffe). — Wenden, Aendern, Modernisieren, Kunststopfern. —

**Korsetten.**  
Aus zugegebenen Stoffen fertige alle Arten Korsetten mit prima Zutaten (Friedensware) im eigenen Atelier.  
**Carl Goldstein,**  
Webergasse 18. 1084

**Schuh-Reparatur**  
12 Mauergasse. Mauergasse 12.  
Damen-Sohlen 7.— Mk.  
Herren-Sohlen 8.50 Mk.  
Prima Kernleder. Garantiert Handarbeit.  
Anfertigung nach Maß — moderne Form. —  
Abändern von Militär-Schuhen. —

**Staubbind. Fußbodenöl,**  
Ia beste, fetts Friedensware,  
Maschinenöl, Patentachsenöl,  
Lederöl, Lederfett,  
Wagenfett, Hof- und Heilöl.  
Alles nur beste Qualitäten.  
**K. Klapper, Scharnhorststrasse 24.**  
Fabrikation chemischer Produkte, Öle u. Fette.  
Telephon 3749.

**Betten und Möbel**  
jeder Art sehr billig.  
**Schreinerei Klapper,**  
Friedrichstraße 55.

**Regatta-Holzbohlen**  
3tr. 20 Mk., 5tr. 28 Pf., in jedem Quantum  
**Kohlenhandlung Beder, Bleichstraße 43.**

**Gratistage!**  
Auf vielseitigen Wunsch geben wir Jedem, der sich in der Zeit  
**vom 13. März bis 31. März**  
ganz gleich in welcher Preislage, auch bei Postkarten, eine Aufnahme bestellt,  
**Ganz umsonst**  
eine Vergrößerung seines eigenen Bildes, 30x36 cm, mit Karton

**Samson & Cie. G. m. b. H.**  
12 Postk. von 12 Visiten 3.90 an  
Alle anderen Formate, trotz Teuerung, äusserst billig

Geschäftsprinzip  
Für wenig Geld eine gute Photographie.  
Nur erstklassige Materialien und Arbeitskräfte.  
Garantie für Haltbarkeit unserer Bilder.

Phot. Atelier und Vergrößerungs-Anstalt m. billigen Preisen.  
**Gr. Burgstr. 10 (Fahrstuhl).**  
Sonntags nur von 9-2 Uhr geöffnet

**Joh. Georg Mollath Nachf.**  
Marktstraße 32 :: Telephon 3751

**Samenhandlung** — eigene große Samenkulturen  
Preisliste über Gemüsesamen steht frei zu Diensten.  
Fachmännische Auskunft über Gemüsebau bereitwilligst.

**Elektr. Licht- u. Kraftanlagen**  
**Rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft**  
(Joh. Heinrich Müller)  
FERNSPR. 441 u. 623. Wiesbaden, Helenenstr. 26.

**Städtisches Badhaus Zum Schützenhof**  
Schützenhofstrasse 4 (Hotelaingang) : Thermalbäder mit Ruheliegenheiten.

**Frisiertämme**  
(Friedensware) empfiehlt  
**Parfümerie Alfstaetter**  
Gde Lang- u. Webergasse.

Wieder eingetroffen:  
**Hauben-Netze**  
Stück 1.30 Mk.  
**Detle, Nicholsberg 6.**

**Waschpulver**  
markenfrei, das Pfund zu 35 Pf. zu haben bei Gustav Erkel, Lannaallee 17. 19

**Sägeböcke**  
in groß Auswahl vorrätig  
**A. Baer & Co.**  
Wellritzestraße 51. Tel. 400

**Gute Ware! Billiger Preis!**  
**Jägertabak**  
1/5 Pf. 1.— Mk.  
Ria-Olefa, Josef Witte, Schiersteiner Str. 14, Gde Heilheidestraße

**Umzüge**  
sowie das Anfahren von Sofa, Koffen u. Koffen bei billigkeit mit Koberrolle  
**Christian Riß, Wellritzestr. 48, Stb. 3. r.**



**L. RETTENMAYER**  
Hauptbüro: **Nikolasstraße 5.**  
Telephon 12 — 115.

Preiswerte **Seidenstoffe** für Blusen und Kleider  
empfehlen in grosser Auswahl  
**Hamburger & Weyl**  
Marktstrasse, Ecke Neugasse. 277

**Telephon Nr. 2623**  
freigegeben.  
**Karl Christ, Kohlenhandlung, Erbenheim.**  
Wiesbadener Straße 11.

Prämiiert: Gold-Medaille  
**Paul Rehm**  
Zahn-Praxis  
Friedrichstrasse 50, I.  
Zahnschmerzbesichtigung, Zahnziehen, Nervtöten, Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahnersatz in div. Ausführungen u. a. m.  
Sprechst.: 9-6 Uhr. — Telephon 3118. 1  
DENTIST DES WIESBAD. BEAMTEN-VEREINS.  
Kriegsbeschädigte Sonderbedingungen.

**Achtung!** Neu angekommen sind große Posten **Achtung!**  
**Zigarren**  
in allen Preislagen, sowie Rauch- und Kautabak in reiner, ungemischter Ware.  
**Zigarettenfabrik Semtowig, Mainz, St. Bleiche 49 1/2.**

**Parkettweiß**  
Parkettreinigung ohne Stahlspäne wieder lieferbar. Literflasche 4.— Mk.  
**Drogerie Arthur Jünke**  
Kaiser-Friedr.-Ring 30. Fernspr. 6520.  
Parkettwachs Pfunddose 6.—, 6.50, 7.— u. 8.—.

**Zimmermann**  
kauft freigegebene Möbel  
Kleider, Schuhe, Schmuckstücken, ferner als Spezialgeschäft  
Origan, auch befeite, Photo-Apparate, Musikinstrumente in allen Größen, sowie Pianos u. Harmoniums. Post. genügt. Zahl zeitgem. Preise. Teleph. 3263.  
Wellritzestraße 25.

**Annoncen-Expedition!** Aufn. u. Inseraten in allen Zeitungen.  
H. Gies, Aus-Exped. (u. Hauptpost).

Gegründet 1842.

**Spedition.**  
Versicherung. Rollfuhrwerk. Lagerung. Gepäckbeförderung. Inkasso.

**Möbeltransporte**  
unter Garantie innerhalb des besetzten Gebietes und von allen Plätzen Deutschlands.  
Erfahrene Packmeister zur Begleitung der Transporte.

**Stadtumzüge.**  
Verpackungen.

**Automobil-Last-Betrieb**  
**Lagerung**  
von ganzen Wohnungs-Einrichtungen im „Wiesbadener Möbelheim“.  
Safes. — Sicherheitskabinen.  
800 qm Lagerfläche.

**Reisebüro:**  
Kaiser-Friedrich-Platz 2.  
Amtl. Fahrkartenausgabe ohne Verkaufsgebühr. Gepäckabfertigung. Reisegepäck-Versicherung.  
Telephon 242 und 2376  
u. direkte Verbindung durch eig. Telephonzentrale.